



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die deutsche Flotte vor der Marinecommission des Abgeordnetenhauses.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die deutsche Flotte vor der Marinecommission des Abgeordnetenhauses.

Wenn die deutsche Nation, und voran das preussische Volk, mit seltener Energie die Herstellung einer Kriegsflotte forderte, wenn die Nation sich eine freiwillige Besteuerung von mehr als einer halben Million Thaler auflegte, um den Ernst ihres Wunsches darzuthun, so waren es zwei Motive, welche dieser in Deutschland außerordentlichen Erscheinung zu Grunde lagen, — ein allgemeines und ein der momentanen Lage entnommenes Motiv.

Das allgemeine — die Nation hält sich nicht länger für bestimmt, unter dem Zwiespalt ihrer hohen und höchsten Regierungen zu Grunde zu gehen, sondern glaubt, daß auch sie ein Recht habe, unter den Völkern Europa's ebenbürtig dazustehen, weiß aber, daß ihre Geltung in der Welt von dem Besitz einer Flotte abhängt, daß ihr Wohlstand durch die Blüthe ihres Welt-handels, dieser aber durch den Schutz ihrer Kriegsmarine bedingt ist.

Dazu kommt aber ein besonderes Motiv. Die deutsche Nation, und vor allem Preußen, haben nicht nur geduldet, daß eine nach dem legitimsten Rechte und nach dem Rechte der Nationalität zu Deutschland gehörige Bevölkerung von Deutschland abgerissen ist, und von einem kleinen Nachbarvolke noch jetzt mißhandelt wird, sondern die Herzogthümer Schleswig-Holstein sind sogar durch deutsche Truppen entwaffnet und den Dänen überliefert worden. Es geschah das gleichzeitig mit der Verauctionirung der deutschen Flotte. — Selbst dem blödesten Auge ist es klar, nicht nur daß die Befreiung der deutschen Herzogthümer ein höchstes und letztes Gebot der nationalen Ehre ist — Preußen und Deutschland werden unter den Völkern Europa's ohne Geltung sein, so lange als bis jene Schuld gesühnt ist. Diese Sühne ist aber nur durch eine Flotte möglich. Dänemark, der unterdrückende Feind, ist wesentlich Inselstaat, und wenn auch eine der kleinsten Seemächte — immerhin eine Seemacht, die mehr Schiffe besitzt, als das sechzehn Mal größere Deutschland. Wer von Sympathien für die von den Dänen wegen ihrer deutschen Gesinnung zertretenen Herzogthümer spricht, ohne die Herstellung einer, wenn auch nur sehr mäßigen deutschen Flotte zu wollen, ist entweder Dummkopf oder Heuchler.

Wenn wir die Begeisterung, welche sich für den Gedanken einer deutschen Flotte kundgegeben hat, richtig auffassen, so sind die Empfindungen, welche sich an das traurige Schicksal der deutschen Herzogthümer knüpfen, die Ge-

fühle der Selbstbeschämung und des Mitleidens, weit stärker mitwirkend, als die abstracten Empfindungen, welche politischen Betrachtungen entfließen, oder von nationalem Ehrgeiz eingegeben werden. Jedenfalls ist die schleswig-holsteinische eine unmittelbar praktische Frage — eine Frage, welche zum Herzen spricht und wo es sich für die Nation nicht darum handelt, ein Neues zu gewinnen, sondern ein Altes nicht zu verlieren, — darum, deutschen Grund und Boden mit seinen Bewohnern nicht definitiv Preis zu geben.

Die preußische Volksvertretung hat seit Jahren den engen Zusammenhang der schleswig-holsteinischen Frage und der Marine erkannt. Wenn sie der Regierung ihre warmen Sympathieen für die Herzogthümer aussprach, so drängte sie zugleich dahin, daß die während der Manteuffelschen Periode stark vernachlässigte preußische Marine einer raschen und entschiedenen Entwicklung entgegengeführt werde. Jene Resolutionen zu Gunsten der Herzogthümer waren in der That auch nur durch dieses gleichzeitige Drängen nach einer Flotte zu rechtfertigen, denn ohne dieses Drängen waren sie verbrecherisch, weil sie zur natürlichen Folge haben mußten und hatten, daß sich der auf den Herzogthümern lastende dänische Druck steigerte.

Seit dem Anfang dieses Jahres ist nun für die Entwicklung der preußischen Marine eine niemals zu erwartende Gunst der Verhältnisse eingetreten. Das Gefecht auf der Rehe von Hampton hat festgestellt, daß nur noch Panzerschiffe überhaupt Kriegsschiffe sind; die Ueberlegenheit Dänemarks an Segelschiffen und an hölzernen Dampfschiffen ist keine Ueberlegenheit mehr, sobald Preußen rasch und entschlossen zum Bau von Panzerschiffen übergeht. Dänemark besitzt noch keine Panzerschiffe, aber es hat die Vorbereitungen getroffen, um sich solche zu erwerben, die dänische Volksvertretung hat in diesem Jahre dem dänischen Marineministerium einen außerordentlichen Credit von 590,175 Thlr. pr. zur Verfügung gestellt und dasselbe ist außerdem in Stand gesetzt worden, ein Linienschiff in eine Panzercorvette zu verwandeln und eine Panzersfregatte zu bauen; zwei Schraubenschoner mit Seitenpanzerung sind schon fertig.

Die Frage ist, ob Preußen? ob Dänemark? zuerst und mit größerer Energie an den Bau einer Panzerflotte geht? Wer dem anderen vorankommt hat nicht erst nach vielen Jahren, sondern schon morgen das Uebergewicht und kann, da der Notenwechsel zwischen Berlin und Kopenhagen einen immer herberen Ton annimmt und in nicht ferner Zeit in einen Krieg oder in eine schimpfliche Umkehr übergehen muß, im Fall eines Krieges die endgültige Entscheidung herbeiführen.

Die Frage, ob Preußen noch in diesem Jahre zum Bau von Panzerschiffen übergehen soll, ist daher nicht eine bloße Frage der Zeit, nicht bloß die Frage eines Jahres, sondern allem Anschein nach die Frage der definitiven Entscheidung des deutsch-dänischen Streites. Bei der Gründung einer Flotte ist der Vorsprung eines Jahres in vielen Jahren nicht nachzuholen.

Jene Frage hat daher eine außerordentliche praktische Bedeutung, nicht nur für das Schicksal der Herzogthümer, sondern auch bei einem nahen Seekrieg für die Blüthe des deutschen Handels und die ganze europäische Stellung Preußens.

Noch vor einigen Wochen konnte es zweifelhaft sein, ob die preussische Regierung sich entschließen werde, Dänemark in der Herstellung einer Panzerflotte voranzueilen?

Diese Zweifel sind jetzt vollständig gelöst. Die preussische Regierung hat die wiederholt ausgesprochenen Wünsche der Volksvertretung und der Nation und zugleich die durch die letzte Thronrede des Königs wach gerufenen Erwartungen vollständig erfüllt.

Die Regierung hat der Marinecommission des Abgeordnetenhauses ihre Absichten in festgezeichneten Grundzügen vorgelegt. Diese Grundzüge sind im Wesentlichen folgende: Es soll innerhalb längstens sieben Jahren eine Flotte von vier schweren und sechszehn leichteren Panzerschiffen, (jene mit einem Kostenaufwand von 1,800,000 Thlr., diese von 510,000 Thlr. für jedes Schiff), nebst den erforderlichen Avisos und Transportschiffen hergestellt sein. Innerhalb zwei Jahren soll der Nordseehafen der Jade, innerhalb sieben Jahren der Ostseehafen des Gasmunder Boddens zur Aufnahme von Schiffen fertig sein. Im Maße des Wachstums der Flotte soll das Personal derselben erweitert und damit es im größeren Maßstabe ausgebildet werden könne, sollen sofort drei Uebungsschiffe, gewöhnliche Segler, angeschafft werden.

Wir übergehen, daß die Regierung für Handelszwecke noch einige Holzschiffe bauen will.

Die Kosten der ganzen Anlage sollen 42,550,000 Thlr. betragen. Davon fordert die Regierung für dieses Jahr, um den Bau von drei Panzerschiffen sofort zu beginnen, einen Credit von 600,000 Thlr., außerdem zum Ankauf von Uebungsschiffen 200,000 Thlr., zur Fortsetzung der Holzbauten 220,000 Thlr. und für den Hasenbau auf Rügen 380,000 Thlr.

Wir werden später auf jene Grundzüge eingehend zurückkommen, wollen indeß hier schon bemerken, daß dieselben den Zweck: in größter Beschleunigung eine Flotte herzustellen, welche jeder kleineren Seemacht, also namentlich der dänischen überlegen sein wird, vollständig erreicht. Und fügen wir hinzu: dieser Zweck wird durch die beabsichtigte und, wie der sofortige Beginn der Panzerbauten zeigt, ernstlich beabsichtigte Raschheit der Ausführung, in dem Maße erreicht, daß schon nach zwei bis drei Jahren die preussische Flotte der dänischen ohne Zweifel überlegen sein würde. Das preussische Marineministerium will den Bau der ersten drei Panzerschiffe einem englischen Unternehmer, bei dem auch die englische Regierung Panzerboote bauen läßt, übergeben. Dieselben können im nächsten Jahre fertig sein. Dänemark ist bei fast zehnfach geringerer Finanzkraft natürlich nicht im Stande, in diesem Wettspiele Stein um Stein zu setzen.

In der Lage der deutschen Marinefrage ist daher eine große Veränderung eingetreten. Die Frage reducirt sich jetzt einfach darauf, ob die preußische Volksvertretung dem energischen Auftreten der Regierung folgen wird? — einem Auftreten, wie sie es selbst seit einem Jahrzehnd gefordert und wie ganz Deutschland es gewünscht hat.

Und könnte an dieser Billigung ein Zweifel obwalten?

Dieser Zweifel konnte erst entstehen, als die Verhandlungen der Marinecommission bekannt wurden, — in denen, so weit den Berichten der Zeitungen zu glauben ist, sich bei nicht wenigen Mitgliedern factiöser Parteihaß, Mangel an patriotischer Gesinnung und Unkenntniß um den Vorrang streiten.

Wir haben die hauptsächlichsten Gründe, welche man gegen die Forderung von 1,400,000 Thlr. für dieses Jahr vorgebracht hat, schon besprochen. Wir wollen, da inzwischen die Commissionsverhandlungen zu dem Resultate geführt haben, die Verweigerung jenes Credits beim Abgeordnetenhaus zu beantragen, hier einige fernere Bemerkungen folgen lassen, um die Gründe, welche man gegen jene Forderung der Regierung vorgebracht hat, und die Sachkenntniß dieser Commission noch einer Beleuchtung zu unterziehen. Wir wenden uns zunächst zu einigen allgemeinen, vom Referenten der Commission, Herrn Harfort, vorgebrachten Gründen. Derselbe war bisher, so lange die Regierung keinen Ernst für die Marine zeigte, der eifrigste Redner für dieselbe, ist jetzt aber, da das Ministerium energisch vorgehen will, wie umgewandelt. Er meint, daß, wenn man den geforderten Credit bewillige, das fernere Bewilligungen nach sich ziehe. Als ob eine Flotte mit Einer Million hergestellt werden könnte!

Er geht aber weiter und will fürs Erste überhaupt Nichts von rascher Herstellung der Flotte wissen, er will die Erweiterung der Flotte davon abhängig gemacht haben, daß fertige Kriegshäfen vorher vorhanden seien. Er schließt seine Hauptrede mit der Mahnung, „erst Häfen, dann Schiffe“. Mit einer Sachkunde, die wir noch näher kennen lernen werden, verwirft er die beiden Häfen der Jade und Rügens, weil sie, wie jeder Kriegshafen, eine Landbefestigung verlangen und fordert den Kieler Hafen: „Kiel, das sei der rechte Hafen, Holstein müssen wir haben.“

Also Preußen soll so lange auf eine Flotte verzichten, bis Holstein preußisch ist. Und wie soll es preußisch werden? Etwa ohne Flotte? Sollten die gemachten Erfahrungen darüber nicht einigen Aufschluß gegeben haben!

Der Mangel an Sachkenntniß gibt aber der Confusion jener Forderung nichts nach. Denn der Kieler Hafen ist, wie schon zur Zeit des Reichsministeriums festgestellt wurde, wenn auch ausgezeichnet als Flottenstation, fast unbrauchbar als Kriegshafen. Denn dieser Hafen, von der See-seite so gut wie unangreifbar, erfordert, um die in ihm geborgene Flotte gegen einen Landangriff zu schützen, eine Befestigung, die der von Paris an Um-

fang sehr wenig nachgeben, an Stärke dieselbe weit übertreffen müßte. Denn der Kieler Hafen ist auf seinen beiden Seiten in einer Ausdehnung von fünf Meilen von Höhen umgeben, welche mit Forts versehen werden müßten. Der glückliche Landangriff gegen ein einziges dieser Forts würde aber die im Hafen liegende Flotte im günstigsten Falle am Auslaufen verhindern, im ungünstigsten Falle der Vernichtung oder dem Feinde überliefern. Herr Hartort scheuet die Kosten einer Landbefestigung an der Zahde und auf Rügen und will die zehnfach größeren Kosten für die Befestigung des Kieler Hafens hergeben — natürlich, denn er weiß sehr wohl, daß bei seiner Behandlung der Marinefrage es niemals dazu kommen würde. Die Idee, den Kieler Hafen zum Kriegshafen machen zu wollen, wird nur von der überbotenen, bis zu der Eroberung Holsteins die ganze Marinefrage zu vertagen.

Die Feinheit der politischen Auffassung, welche überdies in jener Aeußerung liegt, ist denn auch sogleich von der dänischen Regierung ausgebeutet worden; dieselbe denuncirt in ihrem französisch redigirten Blatte der Welt jene Aeußerung des Herrn Hartort: „Da seht Ihr, es ist Preußen nicht um das Recht der Herzogthümer (dieses ist nur der Vorwand) zu thun, sondern es will einem kleinen inoffensiven Nachbar eine Provinz nehmen, um für sich einen Hafen zu gewinnen.“

Nicht viel besser als bei Herrn Hartort ist der Circelschluß, den ein anderes Commissionsglied macht. Dasselbe ist der Ansicht, „daß die Herstellung einer so großen Flotte, wie die Regierung sie wolle, nur dann möglich sei, wenn eine große Situation vorliege, welche große Opfer rechtfertige.“ Also etwa wenn der Seekrieg ausbricht? Dann würde es natürlich zu spät sein, mit dem Bau einer großen Flotte zu beginnen. Oder, wie es nach einer Andeutung scheint, wenn die deutsche Frage zur Entscheidung kommen soll? Wenn man erst dann durch eine energische Vertretung der deutschen Seeinteressen die deutsche Nation für Preußen gewinnen will, möchte es auch hierfür zu spät sein.

Aber die Marinecommission hat nicht nur aus allgemeinen, sondern auch aus technischen Gründen jene Creditforderung zurückgewiesen, die wenigstens zum Theil einer Erwähnung verdienen. Zunächst jedoch eine allgemeine Bemerkung. Eine schlimme Seite der Verhandlungen der Marinecommission ist das tiefe Eingehen derselben auf Fragen des technischen Details. Es kann dies schon an sich für die Sache nicht förderlich sein, es ist aber um so weniger förderlich, als die preußische Volksvertretung kein einziges Mitglied besitzt, welches Marinetechniker ist. Das preußische Haus der Abgeordneten hat dieses mit den meisten Volksvertretungen der europäischen Seestaaten gemein, und dieser Mangel ist, da legislative Versammlungen keineswegs dazu da sind, das technische Detail zu prüfen, da vielmehr dieses Sache der Executive ist, keineswegs beklagenswerth. Selbst in einer Versammlung wie dem eng-

lischen Parlament, in welchem Seeoffiziere, frühere Mitglieder der Admiralität und frühere Marineminister, allen politischen Parteien angehörig, sitzen, ist der Einfluß der Techniker doch nur ein sehr untergeordneter. Dieselben begnügen sich, ihre Sachkenntniß dazu zu benutzen, Mängel der Administration mit Nachdruck zur Sprache zu bringen und das Ministerium zu Reformen zu veranlassen. Nur sehr selten kommt es vor, daß das englische Parlament sich in technische Fragen gegen Vorlagen des Ministeriums einläßt; es geschieht dieses nur dann, wenn diese Fragen schon einen allgemeinen Charakter angenommen und die öffentliche Meinung in Bewegung gesetzt haben.

Dieses dem englischen Staatsleben eigenthümliche Maßhalten führt natürlich dazu, daß die Dilettanten und Halbwisser im englischen Parlamente in technischen Angelegenheiten gar nicht zu Worte kommen. In der Berliner Marinecommission scheint dies leider anders zu sein. In der vorliegenden Angelegenheit sehen wir mehre Mitglieder der Commission Vorlagen des Ministeriums wesentlich auch von technischen Gesichtspunkten bekämpfen und unzweifelhaft sind die definitiven Beschlüsse der Commission namentlich den entschiedenen und zuversichtlichen technischen Behauptungen des Referenten, Hrn. Harfort zuzuschreiben. Denn derselbe weiß in Marinesachen vollkommen Bescheid, er kennt alles, nie wird bei ihm ein Zweifel laut; nach der Natur jedes Halbwissers gibt es für ihn nur abgemachte Sachen. Und doch, so weit wir Hrn. Harfort nach den vorliegenden Zeitungsberichten und einer kleinen, im vorigen Jahre erschienenen Schrift zu beurtheilen vermögen, weiß er über Marine im Wesentlichen nicht mehr, als jeder, der etwa eine kleine Seereise gemacht und einige Mal seinen Fuß auf ein Kriegsschiff gesetzt hat. Sehen wir uns einige der von ihm vorgebrachten technischen Gründe an.

Herr Harfort verwirft die Kanonenboote als Mittel der Küstenvertheidigung und erklärt, daß Strandbatterien dafür am besten seien. Im Gegentheil ist z. B. in England die Ansicht allgemein, daß die Küstenvertheidigung nur durch ein combinirtes System von permanenten und beweglichen Vertheidigungsmitteln hergerichtet werden kann, ja in neuester Zeit werden die festen Vertheidigungsmittel entschieden zurückgedrängt. Von derselben Ansicht ist die technische Bundescommission und sind bisher noch alle Regierungen ausgegangen. Sollte Herrn Harfort das Fahrwasser der Rügenschcn Gewässer vielleicht bekannt sein, so würde es interessant sein zu erfahren, wie er ohne Schiffe die südöstlichen Küsten Rügens und die gegenüberliegende pommerische Küste vertheidigen würde.

Herr Harfort findet es ferner unmöglich, daß Preußen bei 16,000 Matrosen der Handelsmarine seine Flotte mit 8000 Mann bemanne. Daß die englische Kriegsflotte nicht die Hälfte, sondern etwa ebenso viel Mannschaft erfordert, als die Handelsmarine überhaupt Matrosen besitzt, daß ein ähnliches Verhältniß in den meisten Ländern Statt findet, ist ihm, wie es scheint,

ebenso unbekannt, als daß der preußischen Kriegsmarine, mit Einschluß der Handelsmarine, nicht 16.000, sondern 23.000 Mann zur Disposition stehen\*).

Hr. Harfort betrachtet ferner den Umstand, daß die von der preußischen Regierung in England gekauften Schiffe vor ihrem Auslaufen einer Reparatur unterzogen werden sollen, als ein schlechtes Zeugniß für diese Schiffe und scheint nicht zu wissen, daß schwerlich irgend ein Schiff, welches eine längere Zeit außer Thätigkeit gewesen ist, ohne Reparatur in Dienst gestellt werden kann. Dagegen empfiehlt er als Uebungsschiffe für die preußische Marine ein ehemaliges Postschiff und zwei Dampfavisos, ja sogar größere Kanonenboote. Selbst so kleine Nationen wie die dänische haben als Cadetenschiffe Fregatten, weil die Eigenthümlichkeiten des höheren Marinedienstes sich nur auf Schiffen mit gedeckter Batterie lernen lassen und weil eine Trennung der Cadetten und Matrosen wünschenswerth ist. Für die Ausübung der Schiffsjungen genügen kleinere Fahrzeuge, aber es müssen immer Schiffe mit der Takelage eines Kriegsschiffes, es können aber nicht Räderdampfschiffe, wie einige der genannten Schiffe sind, dazu gebraucht werden. Für Hrn. Harfort ist das gleichgültig. Auch die übrigen Techniker der Marinecommission erklären das sehr motivirte Verlangen der Regierung, daß ihr 200,000 Thlr. für Uebungsschiffe bewilligt werden, für durchaus ungegründet, die vorhandenen Schiffe seien ausreichend. Nie würde selbst das englische Parlament sich darauf einlassen, eine solche thatsächliche Frage zu entscheiden.

Es versteht sich von selbst, daß bei den übrigen Mitgliedern der Commission, welche sich auf technische Erörterungen einlassen, eine Sachkenntniß zu Tage kommt, die der des Herrn Harfort vollkommen gerecht wird. So scheint z. B. ein Mitglied anzunehmen, daß die englischen Kriegsschiffe bei Seeassurances versichert werden und weiß, daß man in England im Bau von Panzerschiffen mit großer Vorsicht vorgehe. Er wirft der Marineverwaltung vor, in England mehre schlechte Schiffskäufe gemacht zu haben, und doch ist überhaupt nur Ein preußisches Schiff in England gekauft und dieses, die *Thetis*, ist von anerkannt ausgezeichneter Beschaffenheit.

Wollten wir die halb wahren und verkehrten Behauptungen, welche nach dem Berichte der Zeitungen in den Commissionsverhandlungen aufstoßen, hier aufzählen, so würden wir das Maß dieser Blätter überschreiten. Das Angeführte möge genügen, um zu zeigen, daß das Haus der Abgeordneten keine Ursache hat, sich auf die Sachkunde seiner Marinecommission zu verlassen.

\*) Ueberhaupt sind die thatsächlichen Angaben des Herrn Harfort, ungeachtet aller Zuversicht, mit der sie vorgetragen werden, nicht durchaus zuverlässig. In der obenerwähnten kleinen Schrift finden sich dafür verschiedene Beispiele. So gibt er die Zahl der adligen Seeoffiziere und älteren Cadetten in der preußischen Marine auf 49, statt auf 15 an. Aehnlich verhält es sich mit anderen Zahlenangaben z. B. bei der oldenburgischen Handelsmarine.

Wir zweifeln aber auch, daß das Haus die politischen Gesichtspunkte der Mehrheit dieser Commission theilen wird. Dieselben laufen in ihrem praktischen Resultat darauf hinaus, daß Preußen in seiner inferioren Stellung als schwächster Seestaat zu verbleiben haben wird, und daß eine wirkliche Flotte, wie die Regierung sie vorschlägt, vom Uebel sei, weil sie zu viel Geld koste. Ein Commissionsglied spricht ohne Scheu ausdrücklich aus: „hier heiße es *principiis obsta*“ d. h. auch künftig soll nichts Ordentliches bewilligt werden. Es handelt sich also nicht bloß darum, diesem Ministerium die für eine Flotte erforderlichen Fonds zu verweigern, sondern einige Mitglieder würden sie nach den von ihnen angegebenen Motiven allen Ministerien überhaupt verweigern.

Bei solcher Auffassung darf es denn nicht Wunder nehmen, daß diese Commissionsverhandlungen von einer Aeußerung nicht frei geblieben sind, die von einem bedenklichen Standpunkt der politischen Moral zeugt. Ein Mitglied, Herr Reichenheim, sagte: „Zu einem Panzerboote reichten die Flottenbeiträge aus, die könne man verwenden und damit das nöthige Lehrgeld bezahlen.“ Durch den Vorsitzenden, den General Stavenhagen, den Einzigen, der in der Commission alle Forderungen der Regierung befürwortete, wurde diese unwürdige Aeußerung sofort richtig beantwortet: „Lehrgeld müsse man mit eigenem, nicht mit fremdem Gelde zahlen, nicht mit Flottenbeiträgen.“

Das Resultat der Commissionsverhandlungen ist gewesen, daß die Forderung der Regierung durch die Mehrheit nicht empfohlen werden, Dänemark also im Bau von Panzerschiffen Deutschland vorankommen soll. Dagegen soll die Regierung aufgefordert werden, in der nächsten Session einen Plan zur „schleunigen“ Entwicklung der Kriegsmarine, nebst Nachweis der zur Ausführung des Planes erforderlichen „der Finanzkraft des Landes entsprechenden“ Deckungsmittel vorzulegen. Diesem Beschluß der Commission haben auch diejenigen Mitglieder zu gestimmt, welche von gar keiner Entwicklung der Flotte etwas wissen wollen, welche die Forderung zurückweisen, weil sie überhaupt einen Anfang maritimer Entwicklung enthält. Der Schwerpunkt des Beschlusses liegt eben darin, daß die Finanzkraft des Landes betont ist.

Der Antrag geht von demselben Mitgliede aus, welches jenen niedrigen Vorschlag zur Verwendung der freiwilligen Flottenbeiträge machte. Die „schleunige“ Entwicklung ist offenbar hineingebracht, um im preussischen Volke und in Deutschland vorläufig noch die Illusion aufrecht zu halten, als ob man durchaus eine Flotte haben wolle und dieselbe gar nicht rasch genug bekommen könne. Indessen die Phrasen thun es nicht mehr.

Die Wahrheit ist, daß die preussische Regierung in dieser Sache alles gethan hat, was von ihr gefordert werden konnte; daß aber ein Ausschuß der preussischen Volksvertretung empfiehlt, klein, engherzig, niedrig zu handeln,

und die Erwartungen zu täuschen, welche die deutsche Nation auf Preußen gesetzt hat.

Es scheint uns nicht zweifelhaft, daß das Haus der Abgeordneten keine Neigung fragen wird, in der deutschen Flottenfrage sich mit dem Bundestage zu identificiren. Die Anfänge einer deutschen Flotte vernichten, und die rasche Weiterführung der Anfänge verhindern — dazwischen ist nur ein geringer Unterschied.

### Die Aussichten für eine Entwicklung der preußischen Marine.

Die Marinecommission des preußischen Hauses der Abgeordneten wird allem Anscheine nach die von der Regierung gestellte Forderung auf Bewilligung außerordentlicher Mittel für die Verstärkung der preußischen Flotte dem Hause nicht empfehlen.

Dies wäre denn das vorläufige Ergebnis der großen und ernstesten Bewegung, welche im vorigen Jahre die deutsche Nation zu Gunsten einer preußischen und deutschen Marine ergriff, dies die vorläufige Bethätigung der von der liberalen Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses in einer Reihe von Resolutionen wiederholt feierlich niedergelegten Sympathien für das Schicksal der deutschen, von Dänemark mißhandelten Herzogthümer.

Das vorläufige Ergebnis — denn es ist nicht völlig unmöglich, daß das Haus der Abgeordneten mehr Patriotismus und Einsicht an den Tag legt, als die meisten Mitglieder seiner Commission.

Nach der bürokratischen Geschäftsordnung des Hauses, welche die wirkliche parlamentarische Thätigkeit in den Commissionen concentrirt, läßt sich indes die Befürchtung nicht zurückdrängen, daß dasjenige, was die Commission beantragen wird, vom Hause beschlossen werde.

Jedenfalls aber wird es die Pflicht der liberalen Presse sein, vor einem Beschlusse zu warnen, welcher, indem er das Ministerium treffen soll, nur die wesentlichsten Interessen des Vaterlandes verlegt.

Das preußische Ministerium mag noch so viele Ursache zu gerechten Beschwerden gegeben haben, in der Frage der preußischen Marine stimmt die Forderung desselben durchaus mit derjenigen überein, welche noch vor Kurzem alle preußischen und deutschen Patrioten gestellt haben.

Die Forderung der Regierung geht in ihrem wesentlichen Punkte dahin, die Mittel zu bewilligen, um mit dem Bau von Panzerschiffen einen Anfang